Kommunistischer Bund Österreichs

Ortsgruppe Wien

für alle Mitglieder
und Kandidaten der OG
und der Massenorg.

Rundschreiben Nr 6, 8.10.1976

Das vorliegende Rundschreiben enthält die "Gemeinsame Erklärung von E.F.,M.H.,B.K.,R.K.,M.P.,K.P.Sch. und F.S. angesichts der gegen sie vom ZK und der Ortsleitung erhobenen schwerwiegenden Beschuldigungen" und die dieser Erklärung von den Verfassern beigefügte "Stellungnahme von H!F." Beides wurde von ihnen bereits in einzelnen Teilen der Organisation verbreitet. Darüberhinaus ist diesem Rundschreiben der mittlerweile von der Ortsleitung bestätigte Beharrungsbeschluß der Zelle Ottakring auf Ausschluß von B.K. beigefügt.

Diesen Dokumenten vorangestellt sind von H.W. im Auftrag der Ortsleitung verfaßte "Bemerkungen zur 'Gemeinsamen Erklärung'". Diese Bemerkungen sollen als Hilfsmittel für die sofortige Diskussion in der OG Wien dienen; sie sind zu diesem Zweck rasch geschrieben wurden und erheben nicht den Anspruch, eine vollständige und umfassende Auseinandersetzung mit den Positionen der Ausgeschlossenen zu sein.

Das ZK wird diese Auseinandersetzung im gesamten KB, auch über Wien hinaus, einleiten. Dazu erscheint in der nächsten Nummer des "Kommunist" in ca 14 Tagen ein Artikel zur Frage, wie Differenzen in verscheidenen Fragen der Politik frühzeitig zu antagonistischen Widersprüchen werden können durch den offen hervorgetretenen Gegensatz zwischen dem Statut und unseren organisatorischen Auffassungen und denen der Fraktion. Gleichzietig mit dem Theoretischen Organ werden die wichtigsten Dokumente dieser Auseinandersetzung in einer Broschüre für den organisationsinteren (einschließlich der Massenorganisationen) Gebrauch zusammengefaßt und in ganz Österreich verbreitet. In einer weiteren Broschüre der selben Art werden eine Stellungnahme der ehemaligen Mitglieder der Zelle Elin zur Frage der Verbindung mit den Massen und eine von H.F. kurz vor seinem Austritt verfaßte zum Schulungswesen abgedruckt und behandelt und damit die Auseinandersetzung auf alle Fragen der Organisation ausgedehnt. In diesen sowie gegebenenfalls in weiteren Broschüren besteht auch die Möglichkeit, daß Genossen zu der Auseinandersetzung Stellung nehmen.

Bemerkungen zur "Gemeinsamen Erklärung von E.F.,M.H.,B.K.,R.K.,M.P., K.P.Sch. und F.S. angesichts der gegen sie vom ZK und der Ortsleitung erhobenen schwerwiegenden Beschuldigungen" (H.W.,7.10.)

Punkt 1 des Statuts des KB stellt fest:

> "Mitglied des Kommunistischen Bundes Österreichs (KB) ist, wer sein Programm und Statut anerkennt, aktiv in einer Einheit der Organisation arbeitet und den Mitgliedsbeitrag zahlt."

Aus der vorliegenden "Gemeinsamen Erklärung" geht hervor, daß die Verfasser das Statut nicht anerkennen und daß sie nicht aktiv in einer Einheit der Organisation arbeiten. R.K.,K.P.Sch. und F.Sp. haben darüberhinaus auch den Mitgliedsbeitrag nicht bezahlt. M.H., B.K.,R.K.,K.P.Sch. und F.S. sind deshalb auch nicht mehr Mitglieder des KB. Sie haben systematisch, bewußt und organisiert das Statut verletzt. Das kann eine kommunistische Organisation keinesfalls dulden.

Wie das Programm aufgrund einer wissenschaftlichen Analyse der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung die Ziele der Organisation und den Weg, auf dem diese Ziele erreicht werden, angibt, so legt das Statut aufgrund der Erfahrungen der Arbeiterbewegung die zur Erreichung der Ziele der Organisation natwendigen Grundprinzipien des Aufbaus der Organisation selbst fest. Ebenso wie die Leitsätze des Programms sind die Leitsätze des Statuts Gegenstand einer ständigen Auseinandersetzung und eines ständigen Kampfs um ihre Durchsetzung in der täglichen Arbeit sowie ihre richtige Anwendung auf die jeweiligen bestimmten Verhältnisse. Es handelt sich dabei um einen Kampf zwischen richtig und falsch, zwischen proletarischer Linie und bürgerlicher Abweichung, zwischen praktischer Anerkennung und praktischer Leugnung des Statuts. Dieser Kampf muß geführt werden, zunächst mit den Mitteln der Überzeugung, der Aufdeckung und Kritik bürgerlicher Abweichungen, der Umerziehung der Genossen, die solche Abweichungen begehen, und schließlich, wenn diese Genossen sich weigern, die Kritik anzunehmen, ihre Abweichungen zu korrigieren und sich umerziehen zu lassen, mit den anderen Mitteln, die das Statut vorsieht:

> "Ein Mitglied kann ausgeschlossen werden, wenn es die Bestimmungen des Statuts verletzt." (Punkt 13)

M.H., B.K., R.K., K.P.Sch. und F.S. haben die Bestimmungen des Statuts verletzt. Ihre Abweichungen sind in den Zellen, in denen sie arbeiteten, sowie durch die Ortsleitung und durch das ZK aufgedeckt und kritisiert worden. Ihnen wurde mehrmals Gelegenheit gegeben, diese Kritik anzunehmen und ihre Abweichungen zu korrigieren, nach der Bekanntgabe des ZK-Beschlusses vom 19.9.1976, nach dem Vorliegen der ersten Untersuchungsergebnisse der Ortsleitung im RS 3, und abermals nach dem Vorliegen weiterer Untersuchungsergebnisse im RS 4. Es wurde ihnen dargelegt, worin ihre Abweichungen bestehen und welche Schritte sie unternehmen müßten, um sie zu korrigieren. Ihre Zellen, die Ortsleitung und das ZK haben sich bemüht, ihre Umerziehung einzuleiten. Die Betroffenen haben diese Versuche und jede Kritik unter Beschimpfungen zurückgewiesen. Sie haben sich stattdessen das Recht angemaßt, jede beliebige Bestimmung des Statuts zu verletzen und sind zu immer unverhüllteren und schwereren Verstößen übergegangen, zuletzt, indem sie offen fraktionelle Sitzungen zu den durch ihr Verhalten verursachten organisationsinternen Problemen gemeinsam mit H.F., über dessen Absichten sie das ZK und die Ortsleitung aufgeklärt hatten, abhielten und ein fraktionelles Papier herausgaben, die "Gemeinsame Erklärung". Statt "gegen den Strom zu schwimmen", wie sie vorgaben, haben sie sich gegen die Organisation gestellt und ihr Schaden zugefügt. Wie weit sie sich dabei bereits von der Organisation entfernt hatten, zeigt ihre "gemeinsame Erklärung".

Darin wird versucht, einen Gegensatz zwischen Ortsleitung und ZK zu konstruieren. Dabei versuchen sie daran anzuknüpfen, daß die Untersuchungen der Ortsleitung dne Eindruck, den das ZK aufgrund der im Bericht der Ortsleitung an das ZK festgestellten Sachlage (RS 4, Punkt 2) gewinnen mußte, B.K.,R.K.,K.P.Sch. und F.S. hätten sich an den aufgedeckten fraktionellen Beratungen nach der Gründungskonferenz beteiligt oder zumindest davon gewußt und sie gebilligt, nicht bestätigt haben. Das wollen sie zum Anlaß nehmen, um gleich

auch die erwiesene und im Bericht der Ortsleitung an das ZK festgehaltene Tatsache, daß solche fraktionelle Beratungen unter Teilnahme von E.F.,M.H.,F.P. und M.R. sowie von H.F. stattgefunden haben, unter den Tisch zu wischen. Wenn die Ortsleitung dort feststellt, "daß fraktionelle Sitzungen zumindest am 20. und 27.August mit unterschiedlicher personeller Zusammensetzung stattgefunden haben", so behaupten die Verfasser der "Gemeinsamen Erklärung" gleich zu Anfang: "Die Ortsleitung ist hingegen gezwungen zuzugeben, daß es eine solche Fraktion nicht gibt und auch nicht gegeben hat." Wenn die Ortsleitung die grundlegende Richtigkeit der im ZK-Beschluß dargelegten Sachlage belegt, fragen sie: "Warum hat die Ortsleitung nicht den Mut, den ZK-Beschluß offen zu kritisieren und das ZK zur Selbstkritik aufzufordern?"

Weiters wird versucht, einen Gegensatz zwischen ZK und Ortsleitung einerseits und den Mitgliedern und Kandidaten der Organisation andererseits zu konstruieren. Während in allen Zellen der Ortsgruppe über die Abweichungen der Verfasser der "gemeinsamen Erklärung" in bezug auf die Organisationsprinzipien beraten wird, während die Ortsleitung das von den einzelnen Zellen, von den Mitgliedern und Kandidaten der Organisation gesammelte Material zusammenträgt und in den Zellen sowie gegenüber allen Genossen in den Massenorganisationen bekanntmacht, erklären sie:"In einem solchen Vorgehen äußert sich das prinzipielle Mißtrauen in die Fähigkeit der Mitglieder, selbständig zwischen richtig und falsch zu unterscheiden."

Schließlich wird versucht, H.F., nachdem seine Rolle als Renegat und Feind der Organisation gründlich aufgedeckt und mit Beweisen belegt wurde, in die Reihe der "Genossen" einzuschmuggeln und ihm eine Plattform für seine Wühltätigkeit zu verschaffen:"Wir haben Genossen H.F. zu einer Stellungnahme bzüglich dieser (gegen ihn erhobenen) Vorwürfe aufgefordert, die wir beilegen."

Angesichts eines solchen Verhaltens fällt das von ihnen verwendete Zitat von Genossen Mao Tsetung auf sie selbst zurück:

> "Den Marxismus und nicht den Revisionismus praktizieren, sich zusammenschließen und nicht Spaltertätigkeit betreiben; offen und ehrlich sein und sich nicht mit Verschwörungen und Ränken befassen."

Was ist es anderes als Spaltertätigkeit, wenn man versucht, einen Keil zwischen Ortsleitung und ZK sowie zwischen die Mitglieder und Kandidaten der Organisation einerseits und Ortsleitung und ZK andererseits zu treiben? Was ist es anderes als sich mit Verschwörungen und Ränken befassen, wenn man ~~xxxxxxkx~~ erst versucht, die Spuren fraktioneller Tätigkeit zu verwischen, dann selbst fraktionelle Papiere verfaßt und schleißlich einen Gegner der Organisation einzuschleusen trachtet?

Die Verfasser der Erklärung behaupten, das Wesentliche an den Beschlüssen der Ortsleitung und des ZK sei, daß "in keinem von ihnen auch nur beabsichtigt (ist), die Abweichungen offenzulegen, die angeblich die Grundlage der 'Fraktion' bilden." Natürlich ist klargelegt worden, daß es Abweichungen von der proletarischen Linie in der Frage der Behandlung des Statuts waren, die schließlich zum Ausschluß der Genannten geführt haben. Ihrer ganzen Haltung zu den Fragen der Organisation entspricht es, daß sie die Frage der praktischen Anerkennung des Statuts nicht als Frage der politischen Linie anerkennen. So behaupten sie auch, das Wesen der "falschen und schädlichen Linie im Meinungskampf", die ZK und Ortsleitung angeblich verfolgen, liege "in der Leugnung der Bedeutung der politischem

linie, in der Entwicklung eines bürokratisch-zentralistischen Führungsstils." Klar: wer sagt, daß auch die Frage der Haltung zu Organisationsfragen eine Frage der politischen Linie ist, "leugnet die Bedeutung der politischen Linie". Das ist organisatorischer Nihilismus, der geradewegs zur Mißachtung der demokratisch-zentralistischen Strukturen, zur Mißachtung gefaßter Beschlüsse und zur Fraktionsmacherei führen muß.

Diese Abweichung hat sich auf der Grundlage einiger von der in den Beschlüssen und Dokumenten der Gründungskonferenz festgehaltenen Mehrheitsauffassung abweichenden Auffassungen der Betreffenden herausgebildet. Zu einer Reihe von Fragen, insbesondere zur Frage der Kriegsgefahr, vertraten sie rechte, auf eine Aussöhnung mit der Bourgeoisie hinauslaufende Positionen. Noch hatten sich diese Positionen nicht vollständig zu einer mit der Linie unserer Organisation unvereinbaren rechten, klassenversöhnlerischen und sozialchauvinistischen Linie verdichtet; noch waren die Widersprüche in diesen Fragen der politischen Linie nicht zu antagonistischen, im Rahemn der Organisation nicht mehr lösbaren Widersprüchen geworden. Schon die Leitung des KB Wien hatte den Vertretern der Minderheitsauffassung eine breite, über die tatsächliche Bedeutung dieser Minderheit weit hinausgehende Plattform für die Austragung eines offenen Meinungskampfes in Übereinstimmung mit den Grundsätzen des Statuts des KB Wien zur Verfügung gestellt. Die Vertreter der Minderheitsauffassung jedoch nützten diese Möglichkeiten bei weitem nicht und betrachteten ihre von der Mehrheit abweichenden Auffassungen als Freibrief für die Verletzung des Statuts. Das ist bereits im Bericht der Ortsleitung an das ZK dargestellt worden. Sie wichen dem offenen Meinungskampf aus. So trat etwa auf der zweiten der der 2.o.DK des KB Wien folgenden Plenarveranstaltungen zur Debatte über die aufgetretenen Meinungsverschiedenheiten kein Vertreter der Zelle Elin auf, so kamen die drei Mitglieder der Zelle Elin, die das ZK unmittelbar nach der Gründungskonferenz aufgefordert hatte, umgehend ihre Haltung zu Programm und Statut der Organisation schriftlich darzulegen, nicht nach; so folgte nicht einmal auf die folgende Ankündigung, die die Delegierten der Zelle Elin auf der ao DK des KB Wien, R.K. und F.S., an die Gründungskonferenz richteten, eine entsprechende Erklärung: "Jeder Kommunist hat aber nicht nur die Verpflichtung, dort Kritik zu üben, wo er sieht, daß seine Organisation Fehler macht. Er hat auch die Verpflichtung, seine eigenen Fehler durch Selbstkritik zu korrigieren. So ist wichtig, daß die Zelle Elin ihre Haltung zur Organisationsfrage selbstkritisch überprüft. Die Zelle wird daher ihre Stellungnahme zur Parteiaufbau-Resolution (die sie der ao DK vorgelegt hatte und in der gegen die Betriebsarbeit Stellung genommen wurde) mit einer entsprechenden Begründung zurückziehen."

Im Licht dieser Tatsachen ist der Vorwurf zu betrachten, die leitungsorgane vers uchten, "Fehler zu vertuschen und Kritik zu unterdrücken" und verfolgten "die Linie des Revisionismus im Meinungskampf." Die Verfasser der Erklärung selbst haben den offenen Meinungskampf gescheut, erschwert, behindert. Sie haben sich nicht ehrlich verhalten und versucht, die Organisation von der Richtigkeit der Minderheitsauffassung zu überzeugen. Sie haben, sobald sich abzeichnete, daß die Organisation ihre rechten Abweichungen ablehnen würde, nicht

ihre eigene Haltung noch einmal überprüft; sie haben mit ihrer Meinung hinter dem Berg gehalten, um ihre unausgegorenen Positionen zu einem günstigeren Zeitpunkt der Organisation oder Teilen der Organisation aufzuzwingen. Zu einer anderen Auffassung kann man angesichts ihres Verhaltens nicht kommen, es sei denn, man unterstellte ihnen Dummheit.

Man muß in diesem Zusammenhang auch die von den Verfassern der Erklärung verbreitete "Stellungnahme von H.F." sehen, in der dieser die "Theorie" von den "nicht organisierten Kommunisten" verbreitet. Der Kommunismus wird hier zu einer Frage der persönlichen Meinung herabgewürdigt, anstatt als Sache behandelt zu werden, für die man kämpfen und sich zusammenschließen muß. Bei allen politischen Differenzen müssen wir vor jedem Mitglied der MLPO oder der VRA, das aktiv in einer marxistisch-leninistischen Organisation seinen Beitrag zu leisten sucht, tausendmal mehr Achtung haben, als vor einem solchen "Meinungskommunisten", der über politische Erfahrung verfügt, einmal Leitungsfunktionen in einer marxistisch-leninistischen Organisation innehatte und sich jetzt mit Ränkeschmieden gegen die Organisation befaßt, ohne für den praktischen Zusammenschluß der Arbeiterklasse auch nur einen Finger zu rühren. Das Propagieren der Bedeutungslosigkeit der Organisierung richtet sich direkt gegen die Organisation und zielt auf das Herausbrechen schwankender Genossen ab. Es richtet sich übrigens nicht nur gegen unsere Orgganisation, sondern gegen jede Organisation die mehr ist als ein bloßer Debattierklub, bei dem die Frage der Zugehörigkeit tatsächlich bedeutungslos ist. Man muß weiters auch die pfäffisch-objektivistischen Äußerungen in der "Stellungnahme von H.F." beachten, daß es jedenfalls "zu einigen Austritten kommen würde, wenn der Elan der Gründung etwas verflogen sei" und daß "wohl unvermeidlich in den nächsten Jahren eine weitere Organisation entstehen würde", zusammengesetzt aus Ausgeschlossenen und Ausgetretenen des KB. H.F. bemüht sich zwar, seine wirklichen Absichten zu verschleiern, aber unter der fadenscheinigen Hülle treten sie immer wieder hervor. Wenn die Verfasser der Erklärung mit den Auffassungen von H.F. nichts zu tun hätten, warum sollten sie sie dann verbreiten?

Aus der Entwicklung der Auseinandersetzungen in der Ortsgruppe Wien kann man sehen, wie eine falsche, nicht vom Wunsch nach Einheit getragene Art des "Meinungskampfes" Differenzen innerhalb der Organisation unüberbrückbar werden läßt, wie aus nicht-antagonistischen Widersprüchen rasch antagonistische werden können. Im Meinungskampf vom Wunsch nach Einheit ausgehen, heißt vor allem: sich seine Meinung selbständig, durch gründliches Studium und insbesondere auch gestützt auf die Hilfe der Organisation bilden; diese Meinung offen darlegen; Kritik nicht fürchten und, wo sie berechtigt ist, annehmen; die Orte der Meinungsbildung der Organisation, die demokratisch-zentralistischen Strukturen, beachten; in allem von dem Wunsch ausgehen, die politische Linie der Organisation immer weiter zu entwikkeln.

Die Verfasser der Erklärung haben das nicht getan. In überheblicher Weise glaubten sie, die Hilfe der Organisation für ihre Meinungsbildung nicht brauchen zu können; sie scheuten sich, ihre Meinung offen

und zusammenhängend schriftlich darzulegen; sie weigerten sich, berechtigte Kritik anzunehmen und nannten es "Unterdrückung" und "Diffamierung", wenn ihnen bürgerliche Abweichungen nachgewiesen wurden; sie beachteten nicht die Orte der Meinungsbildung der Organisation, sondern versuchten, sich ihre eigene Meinung außerhalb zu bilden und unter Umgehung der demokratisch-zentralistischen Strukturen durchzusetzen; sie gingen vom Wunsch aus, selbst im Mittelpunkt zu stehen und das Gesicht zu wahren, statt davon, die politische Linie der Organisation weiterzuentwickeln.

Die Auseinandersetzungen mit den nunmehr Ausgeschlossenen haben eine Geschichte. Man darf sich nicht mit der Methode des bürgerlichen Empirismus da oder dort einen Punkt herausgreifen, dann nach der "Fraktion"suchen und über die Definition tüfteln. Man muß danach trachten, die ganze Entwicklung zu verstehen und das zum Anlaß nehmen, sich ein klareres Bild von den organisatorischen Grundsätzen der Kommunisten zu verschaffen. Dazu gehört vor allem auch die gründliche Auseinandersetzung mit dem Statut.

Zelle Ottakring

Beschluß vom 4.10.76

Die Zelle beschließt, auf dem Beschluß der Zelle vom 26.9.76 B.K. aus der Organisation auszuschließen, zu beharren.

Den Beschluß vom 26.9. faßten wir mit der Begründung, daß "B.K. mit keinem Wort dazu beitrug, die Fraktionstätigkeit aufzudecken, daß B.K. mit ihrem Verhalten bewußt die Fraktion und deren Teilnehmer schützt, und so der Organisation Schaden beifügt, daß B.K., obwohl ihr wiederholt vor Augen geführt wurde, wie schädlich die Fraktionstätigkeit ist, daran festhält und sogar auf dem "Recht" besteht, Treffen durchzuführen, die nach ihren eigenen Schilderungen auf nichts anderes als Fraktionsbildung hinauslaufen ...

Inzwischen hat sich die Haltung B.K.s nicht gebessert, sondern ist für die Organisation noch schädlicher geworden.

Die gemeinsame Erklärung der betroffenen Genossen, die von B.K. voll unterstützt wird, zielt darauf ab, die Fraktioniererei zu festigen und die Organisation zu spalten, insbesondere einen Keil zwischen die Grundeinheiten und die Leitungsorgane zu treiben.

Die Gründungskonferenz, wie der ihr vorangegangene Meinungskampf im ehemaligen KB-Wien, die 2.o.DK., die Diskussionen ihrer Ergebnisse in den Einheiten, die Diskussion der Programmentwürfe, die 2.a.o.DK und die Diskussion über deren Ergebnisse in den Einheiten werden einfach vom Tisch gewischt. Dafür wird die überhebliche Theorie der "Helden" konstruiert, die die Grundeinheiten der Organisation, deren Mitglieder und Kandidaten zu unselbständigen Statisten herabwürdigt.
B.K distanziert sich von diesem Papier nicht, obwohl ihr der offen spalterische und schädliche Inhalt des Papiers von allen Zellengenossen klargemacht wurde.

Außerdem stellt sich B.K. in "konsequenter" Weiterführung dieses Papiers und ihrer Haltung offen u.eindeutig gegen das Statut:
Sie erkennt den Punkt 12 des Statuts - "Jedes Mitglied ist verpflichtet, sich den Beschlüssen der Organisation unterzuordnen. Die Minderheit ist verpflichtet, sich den Beschlüssen der Mehrheit unterzuordnen.." nicht an, indem sie wiederholt erklärte, daß sie keinen Beschluß des ZK's oder der Ortsleitung anerkennen würde, von dem sie selbst glaubt, daß er revisionistisch sei.
Sie meint damit nicht, daß sie so einen Beschluß innerhalb der Strukturen und innerhalb des Statuts der Organisation bekämpfen würde, sondern daß sie so einen Beschluß von vornherein nicht anerkennen und sich an ihn nicht halten würde.

Weiters verstößt B.K. gegen das Statut indem sie an dem von ihr allein gefaßten Beschluß, die Arbeit solange einzustellen, bis sich das ZK entschuldigt, festhält.

Weiters verstößt B.K. gegen das Statut, indem sie sich weigert, den Mitgliedsbeitrag zu zahlen.

GEMEINSAME ERKLÄRUNG VON E.F., M.H., B.K., M.P., K.P.Sch., R.K., und F.S.

ANGESICHTS DER GEGEN SIE VOM ZK UND DER ORTSLEITUNG ERHOBENEN SCHWERWIEGENDEN BESCHULDIGUNGEN
===

Wenn man den Beschluß der Ortsleitung Wien vom 1.10.1976 mit dem ZK-Beschluß vom 19.9.1976 vergleicht, so fällt sofort auf, daß die Ortsleitung zwar ständig die Richtigkeit des ZK-Beschlusses hervorhebt, die wesentliche Aussage dieses Beschlusses jedoch stillschweigend unter den Tisch fallen läßt und damit den ZK-Beschluß selbst faktisch ignoriert.

Im ZK-Beschluß heißt es laut RS 3:

"Bereits seit der Gründung des Kommunistischen Bundes Österreichs existiert in der Ortsgruppe Wien eine auf die Zersetzung, Spaltung und Zerschlagung der Organisation gerichtete Fraktion."

Die Ortsleitung ist hingegen gezwungen zuzugeben, daß es eine solche Fraktion <u>nicht gibt</u> und auch nicht gegeben hat!

Im ZK-Beschluß werden weiters folgende Lügen verbreitet, die die Ortsleitung inzwischen ebenfalls unter den Tisch fallen lassen mußte:
- die genannten Genossen wären dem Meinungskampf in den Grundeinheiten mit allen Mitteln ausgewichen und
- sie hätten ihre "Fraktionsbesprechungen" geheim gehalten.

Im ZK-Beschluß wird die Ortsleitung beauftragt, die genannten Genossen zu veranlassen,
"ihre fraktionelle Tätigkeit sofort und restlos einzustellen und bis Dienstag, 21.9.1976 in ihren Grundeinheiten bzw. gegenüber der Ortsleitung eine ehrliche Selbstkritik zu üben, was die Offenlegung der gesamten Fraktionstätigkeit und die aktive Mitwirkung an der Zerschlagung dieser Fraktion einschließt. Tun die Genossen das nicht, werden sie unverzüglich ausgeschlossen."

Keiner von uns hat auch nur eine der vom ZK genannten Forderungen erfüllt. Wir haben im Gegenteil offen erklärt, daß wir diesen Forderungen nicht nachkommen können.
Da wir nach wie vor Mitglieder der Organisation sind und die Ortsleitung den Ausschluß zweier Genossinnen durch die Zellen Ottakring und Horny n i c h t bestätigt hat, handelt sie dem ZK-Beschluß eindeutig zuwider. Andererseits erklärt die Ortsleitung, daß der ZK-Beschluß richtig sei und daß ihr eigener Beschluß eine "Anwendung" des ZK-Beschlusses bedeute, selbst dann wenn alle inhaltlichen Vorwürfe zurückgezogen werden.

Eine solche Vorgangsweise stiftet nur Verwirrung, besonders in jenen Grundeinheiten, die bereits Genossen auf Grundlage des ZK-Beschlusses ausgeschlossen haben. Wenn - wie

aus dem Beschluß der Ortsleitung hervorgeht - der ZK-Beschluß richtig ist und angewendet werden muß, dann ist der Ausschluß der "Fraktionisten" gerechtfertigt. Ja dann wäre es sogar falsch, nicht auf dem Ausschluß zu beharren. Wenn aber die inhaltlichen Vorwürfe gegen diese Genossen zurückgezogen werden, dann kann das nur heißen, daß der ZK-Beschluß nicht richtig ist und daß das ZK eingestehen muß, einen falschen Beschluß gefaßt zu haben.

Warum hat die Ortsleitung nicht den Mut, den ZK-Beschluß offen zu kritisieren und das ZK zur Selbstkritik aufzufordern?

Stattdessen macht die Ortsleitung folgendes: Ihr Beschluß soll den ZK-Beschluß abstützen Weil die Ortsleitung einerseits die Beschuldigugen zurückziehen muß, andererseits aber die vom ZK erhobene Anklage aufrechterhalten will, werden angebliche Verstöße aus dem Zirkeldasein, nämlich aus der Zeit des KB Wien hervorgeholt. Trotz aller Widersprüche liegt daher der Beschluß der Ortsleitung auf der Linie des ZK-Beschlusses.

"Der Marxismus und die Dialektik lehren uns, daß wenn man einen Fehler begeht und nicht begreift, daß es ein Fehler war, sich dieser Fehler vergrößert wie ein herunterrollender Schneeball." (Enver Hoxha, Rede am 17.Plenum des ZK der PAA in: Der Kampf der PAA gegen den Chruschtschow-Revisionismus, Dortmund 1976,S.45)

Wir, die vom ZK und der Ortsleitung angegriffenen Genossen, sind besorgt über die Haltung der führenden Genossen die der Organisation schweren Schaden zufügt - einer Organisation, für die wir jahrelang gearbeitet und gekämpft haben. Deshalb haben wir uns seit der Bekanntgabe des ZK-Beschlusses mehrmals getroffen. Dies ist umso notwendiger geworden, weil unsere persönlichen Stellungnahmen von der Ortsleitung geheimgehalten werden, uns verboten wird, unseren Standpunkt den Mitgliedern und Kandidaten schriftlich zur Kentnis zu bringen und wir davon wissen, daß kritische Stellungnahmen seitens verschiedener Einheiten der Massenorganisationen erst auf Druck hin an die Ortsleitung weitergegeben werden. Das Ergebnis unserer Diskussionen legen wir hiermit vor. Wir verlangen, daß unsere Stellungnahme im gesamten KB und in seinen Massenorganisationen veröffentlicht wird, damit sich jeder Genosse ein Bild über die Auseinandersetzungen machen kann.

1. Der Vorwurf des Fraktionismus ist der schwerste Vorwurf, den man einem Kommunisten machen kann. Denn Fraktionsmacherei bedeutet, daß Leute die Einheit der kommunistischen Organisation durchbrechen, sich auf Spaltung, Zersetzung orientieren, um eine bürgerliche Linie durchzusetzen. Auch hier, wie in allen Fragen des Klassenkampfes, entscheidet die Richtigkeit der politischen Linie alles.

Deswegen wurde von jeher in der kommunistischen Bewegung das Hauptaugenmerk gegenüber Fraktionen darauf gerichtet, die falschen Ansichten der Fraktionisten offenzulegen und die Mitglieder zum Meinungskampf gegen diese bürgerlichen Abweichungen zu mobilisieren, um gegen die Spaltung die Klarheit und Einheit der Kommunisten zu stärken. Nur wenn die Mitgliedermassen mobilisiert werden, können sich die richtigen Meinungen im Kampf gegen die Abweichungen durchsetzen.

Über die richtige Methode sagte Genosse Mao Tsetung:

"Die'linken'Dogmatiker hatten in der Vergangenheit im innerparteilichen Kampf die Methode 'rücksichtslosen Kampf und erbarmungslose Schläge' angewandt. Diese Methode war falsch. Bei der Kritik an der 'linken' Abweichung des Dogmatismus wandten wir anstelle dieser alten eine neue Methode an: von dem Wunsch nach Einheit ausgehen, durch Kritik oder Kampf klar zwischen richtig und falsch unterscheiden und damit auf einer neuen Grundlage eine neue Einheit erreichen." (Über die richtige Behandlung der Widersprüche im Volke, in Vier philosophische Monographien, Peking 1971, S.98)

Später faßte dies Mao Tsetung mit folgenden Worten zusammen: "Den Marxismus und nicht den Revisionismus praktizieren; sich zusammenschließen und nicht Spaltertätigkeit betreiben; offen und ehrlich sein und sich nicht mit Verschwörungen und Ränken befassen."

2. Statt die politische Linie anzugreifen, welche die angeblichen Fraktionisten verfolgen, statt klarzulegen, welche bürgerlichen Abweichungen bekämpft werden müssen, um den Fraktionismus zu besiegen, behauptet das ZK, es gäbe Genossen, dieden KB zerschlagen wollen und es fordert Offenlegung der Fraktionstätigkeit sowie Selbstkritik. Gefordert wird eine Offenlegung der fraktionellen Tätigkeit, die sich nur auf das Zusammentreffen bestimmter Personen bezieht, ohne den Inhalt dieser Treffen, die falschen Positionen, die ja den Grund dieser Treffen bilden müßten, zu bekämpfen, ja ohne sie überhaupt zu benennen. Dem ZK-Beschluß vom 19.9. zufolge handelt es sich um verschiedene Abweichungen, die gemeinsam eine Fraktion bilden. Es ist also eine gefährliche Situation, der man doch nur durch Klarheit und Festigkeit der eigenen Anschauungen beikommen könnte. Aber die Linie des ZK in dieser Frage besteht nicht darin, die Mitglieder zu mobilisieren, die bürgerlichen Anschauungen der"Fraktionisten" zu bekämpfen, um durch die Scheidung in richtig und falsch die Klarheit der Mitglieder zu erhöhen und ihre Fähigkeit zu fördern, selbständig richtige Entscheidungen zu treffen. Stattdessen steuert man einfach auf eine organisatorische Trennung hin. Das zeigt sich klar in allen drei vorliegenden Beschlüssen, dem ZK-Beschluß vom 19.9.und den Beschlüssen der Ortsleitung vom 23.9. und 1.10.

3. Was ist das Wesentliche an diesen Beschlüssen? In keinem von ihnen ist auch nur beabsichtigt, die Abweichungen offenzulegen, die angeblich die Grundlage der "Fraktion" bilden. Die bloße Behauptung, daß wir den KB zerschlagen wollten, soll den Kampf um richtig und falsch ersetzen. Statt die Mitglieder aufzufordern, sich Klarheit über Inhalte, Ziele und Tätigkeiten der Fraktion zu verschaffen, wird bloßes Vertrauen in die Klarheit der Leitung verlangt. Das ZK eröffnet die Auseinandersetzung mit der "Fraktion" in einer Weise, daß eine Auseinandersetzung überhaupt nicht möglich ist, sondern nur der Ausschluß der Beschuldigten übrigbleibt. In einem solchen Vorgehen äußert sich das prinzipielle Mißtrauen in die Fähigkeit der Mitglieder selbständig zwischen richtig und falsch zu unterscheiden Darin ist im Kern ein anderes Organisationsprinzip angelegt, das dem demokratischen Zentralismus widerspricht: Die Führer stützen sich nicht mehr auf die Mitglieder und die Mitglieder können die Führer nicht mehr kontrollieren. Das ist der bürokratische Zentralismus.

Derselben Tendenz entspricht die Tatsache, daß die Stellungnahmen der Beschuldigten vor den Mitgliedern der Organisation geheim gehalten werden, daß die Ortsleitung das Verteilen weiterer persönlicher Stellungnahmen verbietet. Ein solches Vorgehen schafft statt Klarheit Verwirrung, statt Einheit Spaltung, es schafft einen Zustand, der einer kommunistischen Organisation unwürdig ist: ein Bienenhaus voller Unruhe und Gerüchte
Die objektive Wirkung dieser Linie im Meinungskampf ist, daß die ideologische Auseinandersetzung, die für eine starke und einheitliche Kampforganisation notwendig ist, zu einem Kampf der "guten" und "bösen" Helden verkommt.

Wenn man sich nicht auf die Mitglieder stützt Klarheit und Disziplin ohne und teilweise gegen sie herzustellen versucht, führt dies unweigerlich zu einer Schwächung der Einheit. Das hat sich in den letzten Tagen klar gezeigt. In einigen Einheiten haben die Genossen ihren Unmut über das Vorgehen höherer Organe zum Ausdruck gebracht. Die Leitung einer Massenorganisation versuchte dies zu vertuschen und gab erst auf Druck der Mitglieder die Resolution gegen den ZK-Beschluß an den KB weiter. Wovor haben diese Genossen Angst? Ihre bisherige Haltung gegenüber den Beschlüssen von höheren Organen ist dadurch bedroht.

In diesem Zusammenhang ist die Frage zu stellen: Wie kommen denn überhaupt Beschlüsse zustande? Die Marxisten-Leninisten sind stets der Ansicht gewesen, daß die Leitungsorgane sich bei der Erarbeitung von Beschlüssen auf die Meinungen und Erfahrungen der Mitglieder und der Massen stützen und das Richtige, das in diesen Meinungen und Erfahrungen enthalten ist, in konzentrierter Form zusammenfassen.müssen. Beschlüsse, die auf diese Weise zustandegekommen sind, können in der Praxis auch wirklich angewendet und überprüft werden.

Pflicht erfüllen können. Statt nun zu beweisen, daß und wie diese politische Pflicht erfüllt wurde, wird das Recht als selbständig und unabhängig von der politischen Linie genommen, somit als bürgerliches Recht. Daß der Angriff auf falsche politische Anschauungen die Bedeutung des Organs selbst nicht herabmindert sondern stärkt, ist eine wichtige Erfahrung der Kulturrevolution. Das scheint allerdings den Vertretern solcher falscher Auffassungen fremd zu sein. Für sie entscheidet nach dem Motto "Wem Gott ein Amt gibt, dem gibt er auch Verstand" nicht die politische Linie über die Richtigkeit eines Angriffs, sondern der Rang des angegriffenen Genossen. So versuchen dann auch einige Genossen Fehler zu vertuschen und Kritik zu unterdrücken.

Dementsprechend groß ist auch die Bedeutung, die dem Wirken des Gen. H.F. beigemessen wird. So wird H.F. für die derzeitige Situation im KB die Hauptschuld gegeben, die doch zuerst und unmittelbar Resultat einer falschen und schädlichen Entwicklung im KB selbst ist. Weil man sich nicht auf die Mitglieder stützt, ist in dieser Frage der Meinungskampf zum Kampf der "Helden" verkommen. Sobald aber die Mitglieder der Organisation zum Zuschauen verurteilt sind, muß man dem "bösen Feind" außerhalb der Organisation eine Bedeutung zuschreiben, die ein Einzelner gar nicht haben kann.

5. Diese unmarxistischen Haltungen hat es früher insbesondere im KB Wien gegeben. Im Beschluß des ZK und in den darauf folgenden Beschlüssen der Ortsleitung verdichten sich diese zu einer falschen und schädlichen Linie im Meinungskampf. Das Wesen dieser Linie liegt im Mißtrauen gegenüber den Massen, insbesondere gegenüber den Mitgliedern der Organisation, in der Leugnung der Bedeutung der politischen Linie, in der Entwicklung eines bürokratisch-zentralistischen Führungsstils und nicht zuletzt in der Theorie der Helden, die den Kampf <u>vor</u> den Massen führen. Das ist eine bürgerliche Linie und zwar die <u>Linie des Revisionismus im Meinungskampf</u>.

Die Folge dieser revisionistischen Linie im Meinungskampf sind die Forderungen im Punkt 5 des Beschlusses der Ortsleitung vom 1.10., die hinter dem Rauchvorhang der "praktischen Anerkennung des Statuts" die Unterwerfung unter diese Linie erzwingen sollen.

Wir stellen dazu fest:

Zu 5.1.: Daß wir gegen Fraktionen in kommunistischen Organisationen sind, haben wir klar in unseren früheren persönlichen Stellungnahmen festgestellt. Es hat im KB Österreichs aber keine Fraktion gegeben und es gibt auch keine.

Zu 5.2.: Es hat niemand von uns das Statut des KB Österreichs verletzt, wohl aber widersprechen die

Wie aber ist das ZK bei seinem Beschluß vorgegangen? Es hat sich nicht auf die Mitglieder gestützt. Und was da zusammengefaßt worden ist, das waren - Gerüchte. Bei einem solchen Beschluß kann es dann auch gar nicht darum gehen, daß er anhand der Praxis überprüft wird. Es kann nur mehr darum gehen, daß er durchgesetzt wird - auch gegen die Realität.

Gegen diese unmarxistische Haltung richtet sich der Unmut vieler Genossen. Davor fürchten sich die Verantwortlichen, sie versuchen, den Unmut zu unterdrücken, und wo dies nicht geht, zu verheimlichen. Ihnen kommt gar nicht erst der Gedanke, den Unmut ernst zu nehmen und den Beschluß auf seine Richtigkeit zu überprüfen.

Angesichts des ZK-Beschlusses befanden sich die Genossen einiger Einheiten in einer Zwangslage. Sie standen vor der Alternative: entweder den Fraktionsvorwurf zurückzunehmen, und die Genossen trotzdem auszuschließen oder den ZK-Beschluß abzulehnen.

Die Ortsleitung muß beider Durchsetzung des ZK-Beschlusses mindestens einen dreifachen Salto schlagen: Sie sagt einerseits, daß der ZK-Beschluß richtig sei, andererseits nimmt sie aber die Beschuldigung der fraktionellen Tätigkeit zurück und schließlich hebt sie die Beschlüsse der Zellen Ottakring und Horny auf, die nichts anderes getan haben, als den ZK-Beschluß durchzusetzen.

4. Im letzten Beschluß der Ortsleitung zeigt sich klar, daß vonden Vorwürfen gegen die im ZK-Beschluß genannten Genossen nichts aufrechterhalten werden konnte. Der Vorwurf "die Auseinandersetzung in den Grundeinheiten mit allen Mitteln zu verhindern" war unhaltbar und falsch. Vom bewußten Bruch des Statuts durch einen "harten Kern" ist nichts übrig. Von der Aktivität der "Fraktion" ist nur die Tätigkeit eines früheren Mitglieds der Organisation geblieben, nämlich des Genossen H.F. geblieben, der eine "Wühlarbeit" im KB betrieben haben soll. Den beschuldigten Genossen wird ein Treffen mit H F vorgeworfen und ein zweites, bei dem er "erwartet" wurde. Wir haben Gen H.F. zu einer Stellungnahme bezüglich dieser Vorwürfe aufgefordert, die wir beilegen.

Bei der Durchsetzung der ZK-Beschlüsse machen die Genossen der Ortsleitung noch weitere Fehler: Sie verwechseln laufend die Kritik an den politischen Entscheidungen eines Organs der Organisation mit dem Angriff auf dieses Organ selbst. Wo wir die Richtigkeit politischer Entscheidungen in Frage stellen, pocht die Ortsleitung demgegenüber auf das Recht, überhaupt solche Entscheidungen zu treffen. Wir haben dieses Recht nie bezweifelt, aber dieses Recht hat selbständig gar keinen Wert. Es ist nur die notwendige Grundlage, daß die Genossen in diesem Organ ihre politische

Beschlüsse des ZK und der Ortsleitung den Prinzipien des demokratischen Zentralismus: "Sich auf die Massen stützen" und "Die politische Linie entscheidet alles".

Zu 5.3.: Entscheidend ist nicht bloß, ob der Meinungskampf geführt wird. Unserer Meinung nach wird er vom ZK und der Ortsleitung auf einer revisionistischen Linie geführt.

Zu 5.4.: Das Recht der Einheiten, von ihren Mitgliedern Rechenschaft zu verlangen, wurde nie bestritten. Die Art, wie auf Grund des ZK-Beschlusses von einigen Mitgliedern der Ortsleitung "Rechenschaft" verlangt wurde, muß dagegen weiterhin aufs schärfste kritisiert werden.

Zu 5.5.: Das Recht, die gesamte Tätigkeit der Organisation einschließlich des Meinungskampfes anzuleiten, wurde von niemand bestritten. Die Leitungsorgane haben aber die Pflicht, die gesamte Tätigkeit der Organisation, den Meinungskampf eingeschlossen, auf einer richtigen, revolutionären Linie anzuleiten. Tut sie das in einer bestimmten Frage nicht, sondern leitet sie die Organisation auf einer bürgerlichen Linie an, dann haben die Mitglieder der Organisation das Recht und die Pflicht, dies zu kritisieren und diese bürgerliche Linie zu bekämpfen. Wer einen solchen Kampf um die richtige Linie als Angriff auf das Recht der Leitungsorgane selbst hinstellt, leugnet die Bedeutung der Richtigkeit der politischen Linie, um der falschen Linie zum Durchbruch zu verhelfen.

Das ZK hat keineswegs das Recht, die Veröffentlichung jeder beliebigen Stellungnahme zu unterbinden. Im Gegenteil: Bei wichtigen Streitfragen in der Organisation hat sie sogar die Pflicht die Stellungnahmen der Genossen zu veröffentlichen, damit sich jeder Genosse Klarheit verschaffen. (?kann)

Zu 5.6.: Es wurde kein einziges Organ des KB angeschwärzt und verleumdet Vielmehr haben wir von unserem Recht als Kommunisten Gebrauch gemacht, die bürgerlichen revisionistischen Praktiken einiger Genossen zu kritisieren. Wir haben damit auch versucht, unsere Pflicht als Kommunisten zu erfüllen und dort gegen die Strömung zu schwimmen, wo wir die politische Linie in einer bestimmten Frage für falsch halten.

Die Aufstellung dieses Katalogs von Bedingungen dient nicht der Klärung der Situation sondern soll der Anerkennung der revisionistischen Linie im Meinungskampf den Weg bereiten. Sie soll dazu dienen, Genossen, die eine andere Meinung haben, politisch das Rückgrat zu brechen. Deswegen lehnen wir die Anerkennung dieser Bedingungen ab.

Genossen gegenüber nur das geäußert, was ich den Wiener Genossen gesagt habe, wenn sie mich um meine Meinung gefragt haben. Ich denke, es ist am besten, wenn ich diese meine Meinung kurz darlege.

Wie viele Genossen hat mich auch der Genosse aus Innsbruck gefragt, was ich seit meinem Austritt politisch mache. Ich konnte ihm nur wenig sagen, denn viel mache ich wirklich nicht. Ich würde mich mit organisierten und unorgansisierten Genossen zu Diskussionen und Plaudereien treffen und mich bemühen, mich mit einigen wenigen Fragen gründlich zu beschäftigen. Weiters würde ich gern an einer Schulung teilnehmen, zumal ich einige Kollegen kenne, die sich für so was interessieren. Diese Dinge würde ich alle brauchen, denn als Kommunist könne ich ohne jegliche politische Luft nicht leben.

Der Genosse meinte, daß man Kommunist nur dann sein könnte, wenn man organisiert ist. Diese Auffassung habe ich von vielen Genossen gehört, und ich kann ihnen nicht zustimmen.

Ein Grund hierfür ergibt sich für mich aus meiner Einschätzung der Lage in der marxistisch-leninistischen Bewegung. Ich bin der Auffassung, daß die Kräfte, die es gibt, weitaus größer sind, als wir annehmen. Nach dem Sieg des Revisionismus in der KPÖ haben sich durchaus nicht alle ehrlichen Kommunisten nach ihrem Ausschluß in den marxistisch-leninistischen Organisationen zusammengeschlossen. Viele von ihnen haben auch danach die neu entstandenen kommunistischen Organisationen verlassen. Es ist doch einfach eine Unterschätzung all dieser alterprobten kommunistischen Kader, wenn man von vornherein annimmt, sie seien alle versumpft. Und es ist eine Unterschätzung der Kraft des Marxismus-Leninismus, wenn man glaubt, daß er sich nur in den bestehenden kommunistischen Organisationen findet.

Nur weil die organisierten Kommunisten es bisher noch nicht verstanden haben, sie aktiv in die kommunistische Bewegung einzubeziehen, darf man doch nicht so tun, als gäbe es sie nicht. Weil die kommunistische Bewegung noch sehr schwach ist, gibt es heute noch sehr viele unorganisierte Kommunisten und muß es sie geben. Diese Situation wird sich entscheidend ändern, wenn es die proletarische Vorhutorganisationgibt. Denn diese wird imstande sein, die übergroße Mehrheit der Kräfte in den Kampf der Partei einzubeziehen, die heute außerhalb der organisierten Bewegung stehen.

Weiters gehe ich von der Auffassung aus, daß durch die bloße Zugehörigkeit zu einer Organisation nicht ausgesagt wird, ob jemand Kommunist ist oder nicht. Das Kriterium kann wie überall nur die politische Praxis sein. Die Geschichte der kommunistischen Bewegung hat zur Genüge bewiesen, daß sich in den kommunistischen Organisationen bürgerliche Elemente festsetzen können.

Wenn nun der Genosse von der Ortsleitung Innsbruck die Tatsache meines Austrittes aus dem KB Wien, den ich hauptsächlich durch persönliche Motive begründet hatte, mit einer Abkehr meinerseits vom Kommunismus in Verbindung bringt, drückt er gerade die Haltung aus, daß die

bloße Zugehörigkeit zu einer Organisation alles bestimmt. Nicht die politische Praxis, das Eintreten fürdie Sache des Proletariats wird als Kriterium für die Beurteilung herangezogen. Es wird nocht mehr vom Klassengegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat ausgegangen, sondern es wird bloß zwischen einer politischer Organisation und dem Rest unterschieden. Das Wesen des Fehlers besteht darin, daß nicht unterschieden wird zwischen den Widersprüchen im Volk und der Widersprüchen zwischen dem Volk und dem Feind. Der Widerspruch zwischen den Marxisten-Leninisten im KB und jenen, die ihn verlassen haben, sowie jenen, die von Haus aus in einer anderen ML-Organisation sind, ist zweifellos ein Widerspruch im Volk. Er wird aber praktisch als Widerspruch zwischen dem Volk und dem Feind behandelt. Im Grunde ist diese Unterscheidung zwischen der Organisation und dem Rest eine revisionistische Haltung. Es ist kein Zufall, daß die Revisionisten die Menschen zuerst danach beurteilen, wie sie zur KPÖ und zur UdSSR stehen.

Nur aus einer revisionistischen Position heraus ist auch das Mißtrauen zu erklären, das zunächst jenen entgegengebracht wird, die in anderen marxistisch-leninistischen Organisationen tätig sind, oder auch Genossen, die sich nicht mehr imstande sehen, in der Organisation mitzuarbeiten. Es ist bekannt, daß viele Genossen sich nach dem Austritt nach wie vor als Sympathisanten betrachten, daß aber die Verbindung mit ihnen trotzdem fast immer verloren geht. Diese Entwicklung wird jedoch nur als ein Beweis dafür gesehen, daß diese Genossen immer schon falsche Positionen hatten und daß sie sich daher einmal gegen die Organisation stellen mußten. Statt das Gespräch mit ihnen zu suchen, geht man sogar soweit, den Mitgliedern den Kontakt mit ihnen beschlußmäßig zu verbieten.

Aus einer solchen Position ergibt sich auch mit Notwendigkeit, daß all die vorhandenen alten und jungen revolutionären Kräfte nicht einmal gesehen, geschweige denn geweckt werden können. Denn man sieht nur noch Mitglieder und "Organisationsfremde". So weit kommt man, wenn man den Klassenstandpunkt durch einen bornierten Organisationsstandpunkt ersetzt. Wenn man nicht mehr den Klassenkampf sondern nur noch die eigene Organisation sieht.

Es ist kein Zufall, daß kaum ein alterprobter, klassenkampferfahrener Genosse zum aktiven Mitkämpfer in dieser Organisation geworden ist. Um solche Genossen einbeziehen zu können, muß man sich zuerst auf den Standpunkt der Klasse stellen. Nur so kann man die Offenheit, das Verständnis und die Fähigkeit finden, diesen Genossen geduldig zuzuhören, weil sie nur dann ihre Erfahrungen einbringen und die jungen Genossen erziehen können. Vor allem darf man sie nicht belehren und so tun, als seien alle Fragen des Klassenkampfs bis hin zur sozialistischen Revolution gelöst.

Es ist ebenfalls kein Zufall, daß von Seiten des KB Österreichs die anderen marxistisch-leninistischen Organisationen in Österreich in keiner Weise als gleichberechtigt behandelt werden. Oft treten Überheblichkeit und Besserwissertum an die Stelle der sachlichen und ruhigen Diskussion.

Ich glaube, daß wir von den Genossen dieser Organisationen sehr, sehr vieles lernen können. Viele von ihnen sind langerprobte kommunistische Kader, einige von ihnen stehen seit fast einem halben Jahrhundert im Klassenkampf und haben nicht aufgehört, die alten Kämpfer zu sein. Und keineswegs ist es so, daß diese Genossen mit fliegenden Fahnen zum KB Österreichs gehen. Umso wichtiger ist die offene und ehrliche Diskussion mit ihnen und das aufrechte Bestreben, mit ihnen die Einheit zu suchen. Das ist jedoch nur möglich auf der Basis der vollständigen Gleichberechtigung aller marxistisch-leninistischen Organisationen, nur wenn man den Hochmut ihnen gegenüber ablegt.

Es gibt Tendenzen, die die Partei als eine lineare Fortentwicklung des KB Österreichs betrachten, und solche Tendenzen sind sehr stark. Ansonsten kann ich mir die Auffassung nicht erklären, daß von der Mitgliedschaft zu dieser Organisation abhängig gemacht werden kann, ob jemand ein Kommunist ist oder nicht. Ansonsten kann ich mir nicht das Mißtrauen gegenüber Genossen erklären, die mit Genossen aus anderen marxistisch-leninistischen Organisationen diskutieren. Diese Haltungen drücken ein tiefes Mißtrauen gegenüber allen revolutionären Kräften und insbesondere den anderen Marxisten-Leninisten gegenüber aus. Diese Haltung geht nicht von der Einheit der Marxisten-Leninisten aus, sondern sie ist Hindernis für die Einheit, sie ist objektiv spalterisch.

Ich halte es für vermessen, heute sagen zu wollen, daß der KB Österreichs die entscheidende Kraft beim Aufbau der Partei ist. Das kann sein, muß es aber lange nicht. Und selbst wenn es so wäre, kann ich nicht von einer Position der Stärke den anderen kommunistischen Organisationen gegenübertreten, sondern nur auf der Ebene der Gleichberechtigung.

Von diesen Perspektiven der Entwicklung der kommunistischen Bewegung hängt aber meines Erachtens sehr vieles ab, und das beeinflußt auch die Haltung und Rolle innerhalb der Bewegung. Deshalb wende ich mich gegen solche Auffassungen, wie ich sie eben skizziert habe. Die Praxis wird erst beweisen müssen, wie der KB sich entwickelt und welche Rolle er einnimmt. Wie sich ein Kader nur im Klassenkampf bewähren kann, so auch eine Organisation.

Die geschichtliche Erfahrung hat gezeigt, daß die Entstehung einer Partei nicht als eine solche lineare Entwicklung zu betrachten ist, sondern von jähen Brüchen im Gefolge von heftigen Klassenkämpfen gekennzeichnet ist. Im Verlauf des Klassenkampfs sind meist ungeahnte revolutionäre Kräfte zutage getreten, die zwingend die Umkrempelung der alten Organisationen forderten, damit sie das Mittel erhielten, um sich organisiert entfalten zu können.

Daher halte ich den Bruch mit der Vergangenheit auch in Österreich und nicht nur in Österreich, für die Voraussetzung für die Einheit auf einer höheren Stufe, für die Einheit in der Partei Und dann werden aus den alten Organisationen, aber nicht nur aus ihnen, sondern auch aus

wie vor der Auffassung, daß das das Ziel der Bourgeoisie und ihrer Vertreter in der Arbeiterbewegung, der Revisionisten, ist. Und ich bin auch der Meinung, daß ihr Einfluß in der Arbeiterbewegung vernichtet werden muß, wenn die Arbeiterklasse die Macht ergreifen will.

Ich möchte jetzt kurz auf die Geschichte mit A.C. eingehen. Ich habe ihm meine Gedanken nicht sachlich dargelegt, sondern - wie ich das oft tue - etwas heftig an den Kopf geschmissen. Dabei spielt sicher eine Rolle, daß er mir am Anfang zu verstehen gab, daß er mich aufgrund meines Austrittes nicht mehr für einen Kommunisten hält. Für mich ist der Kommunismus mehr als ein Lippenbekenntnis, er bestimmt mein Leben und daher habe ich mich persönlich betroffen gefühlt und zwar ordentlich. Trotzdem war es nicht gut, daß ich mich zu heftigen Ausdrücken habe hinreißen lassen. Aber er hätte mir zumindest sagen können, daß dies keine Art der Diskussion ist, statt sich irgendwelche Sachen zusammenzureimen, Daß aber die Genossen, die mit mir schon seit Jahren zusammen- arbeiten nicht imstande sind, das zu hinterfragen, bestätigt mich in meiner Einschätzung der eben skizzierten Haltung zu "Organisationsfremden".
Ich weiß nicht, was der Gen A.C. im ZK berichtet hat, darum nehme ich nur zu den Punkten Stellung, die im Rundschreiben 3 der Wiener KB-Ortsleitung angeführt sind. Was die Zerschlagung der Organisation betrifft, habe ich die Äußerung getan, die ich oben kurz skizziert habe.

Zur Fraktion, die meinen Aussagen zufolge aus einem harten Kern von 4 Leuten bestehen soll. Wir haben über die Debatten vor der Gründungskonferenz gesprochen, über die Gründung der Organisation, über das Programm. Über diese Dinge habe ich einige harte Sachen zu sagen, weil hier meiner Meinung einige nicht unbeträchtliche Fehler gemacht wurden. In diesem Zusammenhang kamen wir auch auf die Versammlung zur Kriegsgefahr zu sprechen, zuden Differenzen in der Organisation. Einige davon, darunter drei Genossen vom Elin-Kollektiv hätten andere. Auffassungen, die sich auch auf das Programm erstrecken. Wie ich auf das Wort "vier" gekommen bin, ist mir nicht ganz klar, denn ich weiß, daß es mehr sind. Wahrscheinlich habe ich es als Synonym für "ein paar" verwendet und der gute Genosse sah wohl schon das Gespenst einer Fraktion

Ich habe ihm auch erzählt, daß ich die Art des Meinungskampfes für sehr übel halte. Mit der marxistisch-leninistischen Methode der Kritik und Selbstkritik habe dies wenig zu tun. Beidiesen Methoden habe ich bereits vor der Gründung mit dem Ausschluß der Genossen vom Elin-Kollektiv gerechnet und es würde nicht lange dauern, bis sie hinausgekantet seien. Der Genosse A.C. war da anderer Meinung. Er glaubte, daß der Meinungskampf möglich sei, daß er korrekt geführt werde und daß wegen dieser Differenzen sicher niemand ausgeschlossen würde. Ich war da skeptisch, würde mich allerdings freuen, wenn es anders käme.

Auf die Frage, was ich glaube, daß diese Genossen vorhaben: sie seien viel gescheiter als ich und würden nicht einfach den Kram hinschmeißen und sich schleichen. Sie würden ihre Auffassungen darlegen und als Marxisten-Leninisten gegen die Strömung schwimmen und Standfestigkeit beweisen. Das war mein Fehler, ich war unfähig zu dieser elementaren Pflicht eines Kommunisten Würden dann diese Genossen ausgeschlossen, hielte ich es für unvermeidlich, daß mit ihnen weitere Genossen die Organisation verlassen würden. Wenn dies nicht gleichzeitig geschehe, so würde es zu einigen Austritten kommen, wenn der Elan der Gründung etwas verflogen sei. Das wird in einigen Monaten der Fall sein. Kommt es zu keinen Ausschlüssen, umso beser; aber dann müßte die Leitung ihre Haltung ändern.

Würden die Genossen ausgeschlossen, würden sie sich sicher nicht mit Seifenblasen abgeben. Von einer Neuauflage eines KB Wien hielte ich nichts, ein müder, blasser Abklatsch wäre dies und nichts anderes. Würde aber die Methode der innerorganisatorischen Auseinandersetzung zur Linie des KB Österreichs, dann wird wohl unvermeidlich in den nächsten Jahren eine weitere Organisation entstehen.